

Ciano kommt nach Berlin

Staatsbesuch zur Unterzeichnung des Italienischen Paktes

In Verfolg des in Mailand gesetzten Beschlusses, der deutsch-italienischen Freundschaft durch einen politischen und militärischen Pakt formellen Ausdruck zu verleihen, wird sich der Königlich Italienische Minister des Auswärtigen, Graf Ciano, am Sonnabend zu einem zweitägigen Staatsbesuch nach Berlin begeben. Graf Ciano wird am Sonntag gegen 11 Uhr im Sonderzug auf dem Anhalter Bahnhof eintreffen. Am Montagvormittag findet im Reichstagsaal der Neuen Reichskanzlei die feierliche Unterzeichnung des deutsch-italienischen Paktes durch den Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, und den italienischen Außenminister, Graf Ciano, in Gegenwart des deutschen Botschafters in Rom, von Mackensen, und des italienischen Botschafters in Berlin, Attolico, statt. Ferner sind mehrere Besprechungen und Veranstaltungen vorgesehen.

Die Begleitung des italienischen Außenministers befindet sich u. a. der Ministerialdirektor für Politische Angelegenheiten beim Europa beim italienischen Außenministerium, Botschafter Gino Viti, Ministerialdirektor für Allgemeine Angelegenheiten beim italienischen Außenministerium, Graf Leonardo Atti, der Chef des Protocols, Andrea Geisser Telefo di Begliacca, sowie der stellvertretende Ministerialdirektor für Ausländische Presse beim italienischen Ministerium für Volkskultur.

Graf Ciano wird ferner von einer Reihe namhafter italienischer Journalisten begleitet sein, die als Gäste des Reichsausßenministers an den Veranstaltungen am Anlaß des Staatsbesuches teilnehmen.



Mussolini in den Fiat-Werken.

Auf seiner Besichtigungsreise an der italienischen Westgrenze besuchte der Duce auch die Fiat-Werke in Mirafiori, wo er zu 50 000 Arbeitern sprach.
(Weißb-Wagenborg-N.)

Der Duce ehrt Labour

An der Grasf des Einigers Italiens

Die Besichtigungsreise, die Mussolini an der italienischen Westgrenze unternahm, und die ihn am letzten Tage auch an die Grasf des großen Einigers Italiens, des Staatsmonnes Savoia, führte, fand in Turin einen erheblichen Abschluß. In einer großen Kundgebung zogen die Schwarzhemden und alle Angehörigen der faschistischen Organisationen an dem Duce vorüber. Die Stadt erstrahlte in feurigem Lichterglanz, und der Balkon der Präfektur, auf dem Mussolini stand und hunderttausende zu den Massen, war in helles Scheinwerferlicht getaucht.

immer wieder verlangte die Menge den Duce zu sehen, der schließlich einige Worte sprach. „Meine Kameraden von Turin“, so sagte er, „in diesen Tagen habe ich gesehen, daß zwischen eurem und meinem Geist eine vollkommene Übereinstimmung besteht. Ich habe gefühlt, daß ihr einen faßhaften Glauben habt, der jede Prüfung bestehen kann. Wenn ich mich jetzt von euch verabschiede, so kann ich euch sagen, daß diese drei Tage für immer in mein Gedächtnis eingegraben sein werden.“

Zeugnis des Fleisches des neuen Italiens

Von Turin begab sich Mussolini mit dem Zug nach Alessandria. Vierzehn Jahre war der Duce nicht mehr in dieser Stadt gewesen, begreiflich, daß er auch hier wie ein Triumphator empfangen wurde und zahlreiche Arbeitskräfte, die in der Zwischenzeit geschaffen worden waren, besichtigen konnte. Auf dem Hauptplatz hatten sich aus der Stadt und ihrer Umgebung mehr als 100 000 Menschen versammelt. 500 landwirtschaftliche Maschinen in eindrücklicher Aufstellung bildeten eine eigenartige und eindrückliche Parade, die von dem Arbeitseifer und dem Fleiß der Bevölkerung in dieser fruchtbaren Provinz Italiens Zeugnis gab.

Weiter ging die Fahrt durch das freundliche Hügelland nach Casale Monferrato, wo den Duce Tausende von Arbeitern begrüßten, die in Kürze ihre Arbeit auf den Feldern aufnehmen werden. Und dann entbot die Bevölkerung der reichen landwirtschaftlichen Provinz Vercelli dem Duce einen einzigerlichen Willkommenstruß: Längs der breiten Landstraße, die hier weite Strecken durch die licht vor der Bestellung unter Wasser gelegten Reisfelder hindurchführt, standen über 1000 landwirtschaftliche Betriebe in kurzen Abständen nebeneinander am Straßenrand. Sie alle hatten die Motoren angefeuert und empfingen Mussolini mit einem ohrenbetäubenden Brausen. Mehrere Stunden beschäftigte Mussolini die auch in dieser Stadt geschaffenen Arbeiten des faschistischen Regimes.

Die deutschen Kolonien sind deutsches Eigentum!

Ritter von Epp begründet Deutschlands Kolonialförderung

Mit einer Großkundgebung auf dem Heldenplatz erreichte am Donnerstag die Tagung des Reichskolonialbundes ihren Höhepunkt und Abschluß. In der Feierstunde behandelte der Bundesführer Reichsleiter General Ritter von Epp in einer Rede die deutsche Kolonialförderung.

In dem großen Raum zwischen den beiden Denkmälern des Prinzen Eugen und des Erzherzogs Karl hatten Ehrenabordnungen der Wehrmacht, der Polizei und aller Gliederungen der Bewegung Aufstellung genommen. Zahlreiche Ehrengäste hatten sich eingefunden, unter ihnen die Reichsminister Dr. Dörmann, Dr. Sebba, Braunauer und die italienischen Gäste mit Kolonialvizogouverneur Dr. Merzagora an der Spitze.

Die Feierstunde wurde mit kurzen Ansprachen des Gauverbandsführers des Reichskolonialbundes Wien und des Gaupropagandaleiters von Wien im Namen des von Wien abwegenden Gauleiters Bürkel eröffnet. Anschließend sprach Bundesführer Reichsleiter General Ritter von Epp, der u. a. folgendes ausführte:

Die Schaffung Großdeutschlands schwächt den seit langem bestehenden Anspruch des deutschen Volkes nach Besitz seines Eigenums in Übersee keineswegs ab, sondern sie macht ihn erheblich dringlich. Die besondre Dringlichkeit ergibt sich daraus, daß die dem Reich angegliederten Teile genauso dicht zum Teil noch dichter besiedelt sind als der Durchschnitt Deutschlands.

Das geschlossene, dichten lebende 80-Millionen-Volk der Deutschen verlangt nach Völkerrecht und Naturrecht den ihm austehenden Anteil an den Reichtümern der Welt. Auf diese Teilhaberschaft, auf seine Mitarbeit und auf die ihm zukommende Ruhm und Name ist niemals verzichtet. Der Anspruch ist lebensnotwendig für das deutsche Volk.

Von Epp schloßte dann den Aufruhr und Vorteil, den die mit Kolonialbezirk ausgestatteten Völker jetzt infolge der Entwicklung der Technik erlangt haben, aus den Kolonien ziehen. Das deutsche Volk aber soll ausgeschlossen sein, obwohl es durch seine Wissenschaft und Technik wesentlich beigetragen habe und beitrage zur Entwicklung, die die Welt umgestaltet.

Deutschland, so betonte von Epp, zählt heute keine Kolonien zu seinem Eigentum. Sie sind friedlich und nach geltendem Recht erworben, durch deutsches Fleiß und deutsches Kapital entwickelt und ausgebaut. Darüber hin-

aus wurden sie durch den Heldenkampf deutscher Soldaten und ihrer eingeborenen Helfer und Freunde zu deutschem Boden.

Dem Kampf um den lebensnotwendigen Besitz entspringt die deutsche Kolonialförderung. Der Führer hat sie zu wiederholten Malen, mit ganz besonderem Nachdruck aber in seiner letzten Rede vom 28. April gestellt.

„Das Mandatsystem ist eine latente und permanente Bedrohung des deutschen Volkes, ein auf die Dauer unerträglicher Betrug.“

Von Epp unterschied: Es würde, wie der Führer am 28. April ausgesprochen hat, „ein praktischer Beitrag zur moralischen Konsolidierung der Welt sein, wenn Präsident Franklin Roosevelt das Wort des Präsidenten Woodrow Wilson zur Einlösung bringen würde.“

Das Großdeutsche Reich und sein Führer wollen und streben eine Wiederherstellung Deutschlands und eine Konsolidierung der Welt auf Grundlage der Lebensnotwendigkeiten der Völker. Darauf ist die Politik des Führers gerichtet. Daran ergibt sich sein Kampf um die Beschaffung des Friedens von Versailles, daran seine Forderung der Rückgabe des aus dort geräubten überseelichen Reichtums.

Hinter dieser Forderung steht Großdeutschland. Durch den Führer heißt ein politisch und weltanschaulich geclimtes Volk von 80 Millionen Menschen, ein Volk, das durch Leistung und Können zu den ersten Kulturstufen der Welt zählt, ein Volk auch, das durch Brüderlichkeit und Freundschaft verbunden ist mit dem ihm benachbarten im faschistischen Stil gereinigten italienischen Volke, das darüber hinaus mit all den Völkern freundschaftliche Beziehungen pflegt, die die gleichen politischen und weltanschaulichen Ziele zur Grundlage ihres Handelns gemacht haben und noch machen.

Dieses deutsche Volk ist daran angelehnt, und zwar lebensnotwendig, zu dem, was es aus Eigenem schafft, Güter aus anderen Räumen zum Unterhalt heranzubringen. Seine in Übersee gelegenen Räume können den Bedarf weitgehend decken, die Lage Deutschlands wesentlich erleichtern.

So ist die Lage. Die Kolonialförderung und Kolonialpolitik ist ein Teil der Weltpolitik. Die Gesamtpolitik ist eine Angelegenheit des Führers. Im Zuge seiner Gesamtpolitik hat er die Verfolgung unserer Kolonialförderung aufgenommen.

Wie haben, so schloß von Epp, die absolute Zuversicht, daß auch diese Tage, die auf uns lastende Frage des Lebensraumes von heute und mehr noch von morgen, von den Händen des Führers zu einem guten Ende gebracht werden.

periode vorgesehen, in der England die „Verantwortung“ behält, den „Palästinenser“ oder wachsenden Anteil an der Bevölkerung gibt. Allerdings wird die Übergabe der Regierung in zehn Jahren von der vollständigen Wiederherstellung des „Rechts und Ordnung“ abhängig gemacht.

Aber auch nach zehn Jahren wird die „palästinensische“ Regierung nur „unter Unterstüzung britischer Berater“ und unter Kontrolle des britischen Oberkommissars amtieren können. Als weitere Bedingungen werden Sicherungsmaßnahmen für die Juden entsprechend den „Verpflichtungen der britischen Regierung“ gefordert.

Die jüdische Einwanderung wird in den nächsten fünf Jahren auf 75 000 Kopje festgesetzt, während 25 000 Einwanderer nach Palästina dieser Zeit unter bestimmten Bedingungen ins Land gelassen werden sollen, so daß die Juden ein Drittel der Bevölkerung ausmachen werden.

Die Juden erheben über dieses Weißbuch ein großes Geschrei. Die jüdische Agentur für Palästina greift die britische Regierung auf das schärfste an und behauptet, daß mit den erwähnten Vorschlägen dem jüdischen Volk endgültig das Recht aberkannt worden sei, seine „nationale Heimat“ in Palästina wieder zu errichten.

In Tel Aviv, der Hochburg des Palästina-Judentums, kann es zu wilden Ausschreitungen jüdischer Horden, 5000 Juden stürmen das Bezirksamt und setzen es in Brand. Auf dem Dach wurde die britische Flagge heruntergezogen und an ihrer Stelle die jüdische Flagge gehisst, die ingewissen allerdings wieder entfernt wurde. Auch das Rathausamt und das Einwanderungsamt in Tel Aviv wurden beschädigt.

Die Araber bezeichnen die britischen Vorschläge als einen Vertragsbruch und eine Kapitulation vor dem arabischen Terror.

Die Araber sind nach einer Notizmeldung über die Vorschläge ebenfalls erbittert und auf das jüdische Entlastungsprojekt besonders die jährliche Zulassung ab, die sie auf höchstens drei Jahre vermindert wissen wollen. Auch die Einwanderung von 75 000 Juden und später von weiteren 25 000 betrachten sie als unannehbare Bedingung.

Überall Ablehnung des Palästinalplanes

Der erste Eindruck, den die „neue“ Palästina-Politik Englands in arabischen Kreisen hervorgerufen hat, ist – neuerliche Enttäuschung. Das von der englischen Regierung veröffentlichte Weißbuch entblößt nach der Meinung arabischer Kreise keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte. Die meisten Vorschläge seien unbestimmt und unklar. Dieser erste Eindruck greift nicht der für die nächsten Tage erwarteten Stellungnahme führenden und zuständigen arabischen Kreise vor. Schon jetzt erläutert man jedoch in diesen Kreisen Jerusalems, daß die Veränderung des Weißbuchs keine Aenderung in der gegenwärtigen Haltung der Araber bringen werde. Die gleichen Kreise verfüren nicht, auf die mettwidrige und geradezu kennzeichnende Bestimmung gleich zu Anfang des „neuen“ englischen Programms hinzuweisen, daß der künftige Palästina-Staat sowohl einen Handels- wie auch einen Militärvertrag mit England abschließen haben werde, wobei über die Einzelheiten dieses Vertrages allein England zu entscheiden habe! – Andererseits gibt der jüdische Nationalrat von Palästina einen überaus scharfen Protest gegen das Weißbuch heraus, in dem England Vertragspolitik vorgeworfene und die Juden zur Abwehr augerufen werden. Alle Juden zwischen 18 und 30 Jahren werden aufgefordert, sich in Listen einzutragen zu lassen, die anscheinend für den Militärdienst bestimmt sind, wobei sich jeder Eintragene zu jedem „Militärdienst“ verpflichtet, der etwa von ihm verlangt wird.

Der ägyptische Ministerpräsident Nuhmed Mahmut erklärte der Presse gegenüber zum Weißbuch der britischen Regierung, daß die Regierungen der arabischen Länder den Vorwurf Palästinas die Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern fort betrachte, nachdem die englische Regierung ihre Politik umrissen hat, die Verhandlungen als beendet.

Die Vereinigung der Jungmuslime handelt, wie aus Kairo gemeldet wird, an Chamberlain ein Telegramm gegen das im britischen Weißbuch veröffentlichte Palästina-Projekt. Der britische Plan, so stellt die Vereinigung fest, lache die Lebensrechte der Araber in Palästina zu verneinen und ganz Palästina zu verbieten.

Eine Abordnung libanesischer Juden überbrachte in Washington dem britischen Vertreter einen Protest gegen die neuen englischen Kompromißpläne.

Jubiläum unserer Schutztruppe

Feierstunde bei der Wiener Reichskolonialbund-Tagung

Im Rahmen der großen Tagung des Reichskolonialbundes in Wien gestaltete sich die Stunde des Gedächtnisses im Großen Saal der Hofburg an das 50jährige Bestehen der deutschen Kolonialschutztruppe zu einer eindrücklichen Kundgebung. Unter den Gästen sah man Hunderte alter Kolonialsoldaten, die einst in Deutsch-Südwestafrika in schwerstem Kampf gekämpft haben.

Der Bundesführer des Reichskolonialbundes, General Ritter von Epp, übergab sechs Fahnen an die neu aufgestellten Säue. Er erinnerte daran, daß diese Fahnen so lange einen Trauerflor tragen sollen, bis die Kolonien, die Deutschland geraubt wurden, zurückgewonnen sein werden.

Englisches Weißbuch über Palästina

Was die Engländer unter Selbständigkeit verstehen

Englands künftige Palästina-Politik wurde in Form eines Weißbuchs bekanntgegeben. Die britische Regierung teilt darin ihre Absichten über die Zukunft Palästinas mit. Binnen zehn Jahren soll in Palästina ein „unabhängiger arabisch-jüdischer Staat“ geschaffen werden, der jedoch vertraglich an Großbritannien gebunden sein wird. Bis dahin ist eine Zusammenar-